

Antrag M01: Schutz von Christen in der Welt stärken

Antragsteller/in:	Senioren Union
Status:	angenommen in folgender Fassung
Empfehlung der AK:	Annahme in folgender Fassung
Sachgebiet:	M - Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 13 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

- 1 1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Schutz verfolgter Christinnen und
2 Christen weltweit stärker in den Fokus ihrer außen-, menschenrechts- und
3 entwicklungspolitischen Arbeit zu stellen.
- 4 2. Bei bilateralen Gesprächen mit Staaten (Nordkorea, Somalia, Jemen, Nigeria,
5 etc...), in denen Christen diskriminiert, bedroht oder Opfer von Gewalt werden,
6 ist die Lage der Religionsfreiheit ausdrücklich anzusprechen.
- 7 3. Die Bundesregierung soll Programme und Initiativen unterstützen, die der
8 Stärkung und dem Schutz religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher
9 Gemeinden in Krisen- und Konfliktregionen – dienen.
- 10 4. Auf europäischer Ebene sollen Initiativen vorangetrieben werden, die religiöse
11 Freiheit effektiver schützen und Menschenrechtsverletzungen an religiösen
12 Minderheiten konsequent sanktionieren.
- 13 5. Der ~~jährliche~~zweijährliche Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der
14 Religionsfreiheit soll stärker auf die konkrete Situation christlicher
15 Minderheiten eingehen und zusätzliche Handlungsempfehlungen enthalten.

Begründung

Religionsfreiheit gehört nicht nur zu den zentralen Grund- und Menschenrechten, sondern ist auch wesentlicher Bestandteil unseres Wertefundaments. Dennoch erleben Christen in vielen Regionen der Welt weiterhin massive Verfolgung, Diskriminierung und Gewalt. Von Einschränkungen der freien Religionsausübung über soziale Ausgrenzung bis hin zu systematischen Übergriffen, denen Millionen von Christinnen und Christen ausgesetzt sind. Gleichzeitig wird in der öffentlichen Debatte die Lage verfolgter Christen häufig nur am Rande wahrgenommen. Während zahlreiche Stimmen sich mit großem Engagement für den Schutz von Zivilisten in aktuellen Krisen – etwa im Gazastreifen – einsetzen, findet die weltweite Christenverfolgung vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Der Schutz einer Bevölkerungsgruppe darf jedoch nicht gegen das Leid einer anderen aufgewogen werden. Menschenrechte sind universell und unteilbar; alle Opfer von Gewalt und Unterdrückung verdienen gleichermaßen Beachtung und Solidarität.

Deutschland und Europa tragen eine besondere Verantwortung dafür, religiöse Freiheit zu verteidigen und bedrohte Minderheiten wirksam zu unterstützen. Ein verstärktes politisches Augenmerk auf die Lage verfolgter Christen ist notwendig, um ihrer schwierigen Situation gerecht zu werden, internationale Partner zur Achtung der Religionsfreiheit zu verpflichten und gefährdeten Gemeinden konkrete Perspektiven zu eröffnen.